

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Halle (Saale)

Kommunalwahlprogramm

2019-2024

Beschlossen durch die Mitgliederversammlung am 17. Oktober 2018

Kurz gefasst: Wofür wir stehen	3
Kapitel 1 Umwelt schützen und Klimaschutz fördern	4
Grünflächen und Gärten nutzen.....	4
Stadtbäume und Wald bewahren und weiterentwickeln	4
Natur- und Landschaftsschutz fördern	5
Gewässer naturnah gestalten	5
Ökologischer Landwirtschaft den Vorrang geben.....	6
Gebäude begrünen und Flächen entsiegeln	6
Müll vermeiden und Ressourcen schonen	6
Sich für eine leisere Stadt und eine umweltfreundliche Beleuchtung einsetzen	7
Hochwasserschutz verbessern	7
Saubere Luft.....	7
Tierschutz fördern.....	8
Kapitel 2 Bildung: Gute Bildungsorte für alle anbieten	9
Entwicklungsplanungen verzahnen und Bildungsübergänge gestalten	9
Längeres gemeinsames Lernen ermöglichen	9
Investition in Bildung befördern.....	9
Bildungslandschaft blühen lassen.....	10
Schulerfolge vergrößern	10
Alle Schüler*innen kostenfrei fahren lassen.....	11
Professionalisierung erhöhen	11
Kapitel 3 Kinder, Jugend und Familien unterstützen	12
Kinderarmut verringern	12
BuTplus entwickeln.....	12
Kinder schützen – Eltern unterstützen	12
Prävention statt Intervention in den Mittelpunkt stellen	12
Kinderbetreuung sichern.....	13
Freiräume für Kinder und Jugendliche schaffen.....	13
Generationenübergreifend arbeiten	13
Kapitel 4 Umweltfreundlich und mobil: Den Stadtraum neu denken	14

Fuß- und Radwege erhalten und verbessern.....	14
Car- und Bikesharing fördern.....	14
E-Mobilität ermöglichen	15
Parkdruck intelligent begegnen.....	15
Halle geht zu Fuß – Fußgänger*innen genug Raum geben	15
Den ÖPNV attraktiv machen.....	15
Städtisches und regionales Radwegenetz ausbauen.....	16
Citylogistik intelligent planen.....	16
Kapitel 5 Unsere Stadt gestalten	18
Wohnungspolitisches Konzept umsetzen	18
Riebeckplatz zu einem grünen und modernen Ort machen	18
Wohnortnahe Einzelhandelsversorgung sichern.....	19
Bürger*innenfrühzeitig an Planungsprozessen beteiligen	19
Historische Gebäude erhalten	19
Stadt in Zeiten des Klimawandels entwickeln	20
Kapitel 6 Soziale Stadt und Gesundheit fördern.....	21
Bürger*innen in persönlichen Notlagen unterstützen	21
Bezahlbares Wohnen ermöglichen	21
Gesundheit fördern.....	22
Kapitel 7 Gleichstellung, Weltoffenheit und Vielfalt fördern.....	23
Barrierefreiheit ausbauen	23
Integration fördern	23
Zeichen gegen Rechts setzen	24
Europäisches Bewusstsein fördern.....	25
Gleichstellung unterstützen	25
Geschlechtlich-sexuelle Vielfalt verteidigen und fördern	26
Kapitel 8 Kunst, Kultur und Sport: Als Markenzeichen für gutes Leben in Halle entwickeln 27	27
Sport für alle ermöglichen.....	27
Kultur fördern und unterstützen	27
Tourismus als Quelle von Lebensfreude verstehen	28
Kunst ist mehr als die Burg – Kunst in Halle fördern.....	29
Soziokultur – Projekte und Raum in der Stadt schaffen	29
Kapitel 9 Haushalt und Wirtschaft überdenken	31
In Bildung, sozialen Zusammenhalt und eine ökologische Wende investieren.....	31
Städtische Unternehmen stärken.....	31
Wirtschaftsförderung – Mit Halles Stärken punkten	32
Kapitel 10 Politik und Verwaltung bürger*innennah gestalten	33
Starke Verwaltung – Kompetent, digital, transparent und bürger*innenorientiert arbeiten.....	33
Bürger*innenbeteiligung sichern	33

Kurz gefasst: Wofür wir stehen

Liebe Hallenserinnen und Hallenser,

die schöne Stadt Halle entwickelt sich nach wie vor zu einer lebendigen und lebenswerten Metropole in Mitteldeutschland. Hierzu tragen ihre Bürger*innen ebenso bei wie Hochschulen, Kultureinrichtungen, Unternehmen, Stadtteilinitiativen und viele andere Akteur*innen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Halle (Saale) setzen sich dafür ein, dass sich dieses Potenzial weiter entfalten kann.

Unsere Ziele für die Wahlperiode 2019–2024 können Sie hier im Folgenden nachlesen. Mit unseren Vertreter*innen im Stadtrat wollen wir auch in der nächsten Wahlperiode dafür sorgen, dass vor allem Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, Lebensqualität und Weltoffenheit im Vordergrund politischen Handelns stehen.

Mit Ihren drei Stimmen zur Stadtratswahl 2019 für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN können Sie diese Ziele unterstützen!

Unsere Ziele für die Stadt Halle:

- Klimaschutz fördern und Klimawandelfolgen lokal abfedern
- Leben am Fluss attraktiv gestalten und Grünflächen, Stadtbäume und Schutzgebiete in der Stadt erhalten
- Kita und Schule als förderlichen Lebensort für Kinder stärken
- ÖPNV, Rad- und Fußverkehr ins Zentrum der Verkehrsplanung rücken.
- Junge Familien als Quelle der Verjüngung der Stadtgesellschaft fördern
- Soziale Initiativen und Unterstützungsangebote für Menschen in schwierigen Lebenslagen erhalten
- Städtebau sozial und sensibel entwickeln, alte Substanz schützen und Freiräume erhalten
- Die demokratische Zivilgesellschaft stärken – für Gleichstellung und Engagement gegen Rechtsextremismus
- Willkommenskultur fördern und Integration für Geflüchtete ermöglichen
- Die institutionelle und freie Kultur- und Kunstszene unterstützen

Kapitel 1 Umwelt schützen und Klimaschutz fördern

Die Mischung aus einer dichten, in vielen Stadtteilen gründerzeitlich geprägten Architektur, den Grün- und Waldflächen sowie der Auenlandschaft der Saale prägen das Stadtbild von Halle. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich auch in der nächsten Wahlperiode im Stadtrat intensiv für den Erhalt und die Entwicklung der vielfältigen Natur in Halle einsetzen.

Der Klimawandel stellt uns vor eine der größten Herausforderungen der Zukunft. Entscheidungen auf nationaler und internationaler Ebene müssen auf lokaler Ebene umgesetzt werden. Bisher ist in Halle nur wenig sichtbar. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Weiterentwicklung des Klimaschutzkonzeptes ein und fordern eine ausreichende finanzielle, personelle und organisatorische Ausstattung des Dienstleistungszentrums Klimaschutz. Energieeinspar- und Energieeffizienzmaßnahmen sowie ressourcenschonendes Wirtschaften sind hier wichtige städtische Aufgaben.

Auch Halle ist von den spürbaren Klimaveränderungen betroffen. Wir müssen Strategien entwickeln, um darauf zu reagieren, und Stadtgebiete so bauen und anpassen, dass sie besser fähig sind, extreme Wetterereignisse zu vertragen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb die Reduzierung versiegelter Flächen und mehr Wasserflächen, mehr Begrünung von Gebäuden, schattenspendende Lösungen für Haltestellen und Spielplätze, zusätzliche Trinkwasserspender und deutlich mehr Bäume in der Stadt.

Grünflächen und Gärten nutzen

Naturnahe und gut gepflegte Grünanlagen sorgen für ein positives Image der Stadt. Zusätzliche Blühflächen und Langgraswiesen bieten einen wichtigen Lebensraum für Bienen und andere Insekten. Um die Sicherung, die Weiterentwicklung und die Pflege der Grünflächen im Stadtgebiet voranzutreiben, fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass der Fachbereich Umwelt mit der Abteilung Grünflächen gestärkt wird.

Gärten sind grüne Oasen, dienen der Erholung, sind Orte der Kommunikation und Lebensraum für viele Tiere und Pflanzen mitten in der Stadt.

Der zunehmende Leerstand in einigen Kleingartenanlagen muss kompensiert werden, z. B. durch neue Formen des Gärtnerns und Kooperationen von Schulen, Kleingartenvereinen und Garteninitiativen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass geeignete Brachen in Kleingartenanlagen künftig als Flächen für Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen genutzt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen neue Formen des Gärtnerns in Stadtteilgärten oder Quartiersgärten möglich machen und fordern dazu ein festes jährliches Budget im städtischen Haushalt. Das bestehende Gartennetzwerk in Halle unterstützen wir, sodass Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung zur festen Größe werden.

Stadtbäume und Wald bewahren und weiterentwickeln

Schattenspender, Sauerstoffgarant, CO²-Binder, Staubbinder und Stadtbildpräger, Bäume sind lebenswichtig und verbessern nachhaltig das Stadtklima. Fällungen von erhaltenswerten Bäumen müssen daher noch mehr als bisher die Ausnahme bleiben. Wenn gefällt werden muss, müssen Ersatzpflanzungen zeitnah nach der Fällung und möglichst vor Ort erfolgen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Baumschutzsatzung dahingehend ändern, dass auch bei Bäumen mit geringer Restlebensdauer eine Ausgleichspflanzung erfolgen muss und der

Ausgleich für einen großen Baum gemäß seinem ökologischen Wert erfolgt. Bisher wurde die Pflanzung von neuen Straßenbäumen meist ausschließlich im Rahmen von komplexen Straßenbaumaßnahmen berücksichtigt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Bepflanzung auch ohne kompletten Straßenausbau ein. Das Projekt der Baumpatenschaften bietet Bürger*innen die Möglichkeit, sich direkt an der Begrünung ihrer Stadt zu beteiligen. Bisher haben das nur wenige genutzt. Wir wollen diese Idee ausbauen und in einfache, die Bürger*innen motivierende Organisationsstrukturen überführen.

In der Dölauer Heide liegt die größte zusammenhängende Stadtwaldfläche. Sie bietet Lebensraum für eine Vielzahl von Tieren und Pflanzen und erfüllt eine enorm wichtige Funktion fürs Stadtklima. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen „unseren Wald“ bewahren, weiterentwickeln und widerstandsfähig machen gegen zu erwartende Klimaextreme.

Im Zusammenhang mit dem Klimawandel ist eine neue Qualität der Waldgestaltung erforderlich. Dies wird durch die derzeitige Waldbetreuung nicht gesichert. Deshalb fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass die Betreuung des Waldes wieder in kommunale Hände zurückgeführt und eine eigene Stadtforstverwaltung gebildet wird. Wir schlagen vor, dass ein Pilotprojekt „Stadtwald Halle im Klimawandel“ erarbeitet wird.

Wir möchten, dass unsere Wälder nachhaltiger genutzt werden, und setzen uns dafür ein, dass die Art und Weise der Bewirtschaftung so erfolgt, dass Wander- und Spazierwege geschont werden.

Die Dölauer Heide ist zu großen Teilen Landschaftsschutzgebiet. Die Erweiterung der Schutzgebietsflächen, die im Landschaftsrahmenplan der Stadt bereits 2013 festgeschrieben wurde, muss endlich umgesetzt werden.

Auch für die weiteren 600 Hektar Waldflächen im Stadtgebiet – beispielsweise im Bereich Radewell/Ammendorf – sind Entwicklungskonzepte zu erstellen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Bestrebungen, auf geeigneten Flächen Erstaufforstungen durchzuführen und diese zu einem grünen Gürtel zu entwickeln.

Natur- und Landschaftsschutz fördern

Die Natur- und Landschaftsschutzgebiete sind das „natürliche Tafelsilber“ und Hot Spots der Artenvielfalt. Die Erarbeitung von Pflege- und Entwicklungsplänen ist unerlässlich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass diese Pläne fortgeschrieben, konkret festgeschriebene Maßnahmen umgesetzt und die Finanzierung dafür bereitgestellt wird. Gerade die Bekämpfung von Neophyten (z.B. Riesenbärenklau und Eschen-Ahorn) in den Schutzgebieten muss kontinuierlich erfolgen, damit heimische Pflanzen eine Chance haben und der Artenreichtum gefördert wird.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Ausweisung eines neuen Landschaftsschutzgebietes in der Umgebung der Ortschaft Seeben ein. Wir sehen das Freihalten von Straßentrassen für eine Nordtangente kritisch. Die Erschließung eines neuen Gewerbegebietes in Tornau lehnen wir zugunsten des Erhalts wertvoller Gebiete und wichtiger landwirtschaftlicher Flächen ab.

Gewässer naturnah gestalten

Die Weiterentwicklung der Möglichkeiten zur naturnahen Erholung an unseren Seen sowie an Saale und Elster liegt uns am Herzen. Ruhe, Erholung und Freizeitaktivitäten sollen dabei

im Einklang stehen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine sanfte touristische Entwicklung von Hufeisensee und Saaleaue in Übereinstimmung mit dem Landschaftsschutz und lehnen eine weitere Privatisierung von Uferbereichen/Wasserflächen und kommerzielle Freizeitparkinteressen ab.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass Neuversiegelungen in der Saaleaue vermieden werden und dafür, dass naturnah gestaltete Wege fürs Spaziergehen, Joggen und Barfußlaufen erhalten bleiben. Unversiegelte Flächen tragen dazu bei, dass Wasser in der Fläche zurückgehalten wird und sich somit Hochwasserereignisse langsamer entwickeln. Für einen vorsorgenden Hochwasserschutz sind Überschwemmungsgebiete entlang der Saale zu erhalten und möglichst auch neu zu schaffen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen die Öffnung der Wilden Saale an der Peißnitz für alle Paddler*innen. Die Einrichtung eines Naturlehrpfades an Wilder Saale und Mühlgraben ist unser Ziel. Wir möchten auf die Lebensräume für Tiere und Pflanzen aufmerksam machen und für deren Schutz sensibilisieren. „Bildung im Vorüberpaddeln“ steht hier im Vordergrund und trägt maßgeblich zur Umweltbildung bei.

Ökologischer Landwirtschaft den Vorrang geben

Dünger und Pestizide aus der konventionellen Landwirtschaft versickern im Boden und gelangen so in unser Grundwasser. Das erhöht die Kosten für die Wasseraufbereitung und damit auch die Kosten für die Bürger*innen. Außerdem bedrohen die Methoden der konventionellen Landwirtschaft die Artenvielfalt, da z. B. Bienen durch Pestizide sterben und ihr Lebensraum durch Monokulturen eingeschränkt wird. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass städtisches Acker- und Wiesenland frei von Pestiziden genutzt und vorrangig an ökologisch wirtschaftende Landwirt*innen verpachtet wird.

Gebäude begrünen und Flächen entsiegeln

Begrünte Gebäude sind für uns ein wichtiger Faktor in einer nachhaltigen, zukunftsorientierten Stadtentwicklung. Das Förderprogramm der Stadt für Fassadenbegrünung halten wir für unzureichend. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine Ausweitung und anwendungsfreundlichere Gestaltung. Auch Rankhilfen müssen förderfähig sein. Auf Verwaltungsgebühren für Genehmigungen hierfür muss verzichtet werden. Insgesamt benötigt es eine offensive Öffentlichkeitsarbeit. Die Stadt muss mit gutem Beispiel vorangehen und eigene Projekte an Gebäuden der Stadt und kommunaler Unternehmen realisieren. Zusätzlich schlagen wir vor, finanzielle Anreize für Dachbegrünungsprojekte und die Entsiegelung von Innenhöfen in Halle zu schaffen.

Müll vermeiden und Ressourcen schonen

Deutschland ist Europameister bei der Müllproduktion. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen Initiativen wie Reparaturcafés, Foodsharing u. a., die noch brauchbare Alltagsgegenstände oder Lebensmittel aufbereiten und verteilen. Wir fordern die Stadt auf, dies zu unterstützen – z. B. durch die Bereitstellung geeigneter Flächen und Räumlichkeiten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßen Aktionen der Stadtverwaltung, wie den Aufruf zum gemeinsamen „Frühjahrsputz“ und die Aktion „Strandgut“ des Saalestammtisches, und wollen gemeinsam mit Stadtverwaltung und der Stadtwirtschaft neue Konzepte zur Abfallvermeidung erarbeiten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verlangen eine Förderung von Mehrwegsystemen in der Stadt. Die Stadt sollte hierzu bei eigenen Veranstaltungen und Märkten Vorgaben für die Akteur*innen machen.

Die Stadtwerke Halle sind auf ihren Recyclinghöfen einseitig auf die thermische Verwertung (Verbrennung) noch brauchbarer Gegenstände fixiert. Eine Abgabe oder ein Verkauf an Bürger ist nicht vorgesehen. Wir fordern bauliche und organisatorische Maßnahmen, damit noch brauchbare Dinge direkt auf den Recyclinghöfen verkauft oder unentgeltlich an interessierte Bürger abgegeben werden können.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die Verwendung von Recyclingpapier nicht nur in der Stadtverwaltung, sondern auch in den städtischen Schulen, den kommunalen Unternehmen und bei städtischen Veröffentlichungen zum Standard wird.

Halle ist seit 2015 Fairtrade-Town. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen das Engagement für den fairen Handel durch die Stadt auf möglichst vielen Ebenen. Wir setzen uns ein für eine nachhaltige kommunale Beschaffung in allen städtischen Unternehmen, die ökologische und soziale Standards berücksichtigt.

Sich für eine leisere Stadt und eine umweltfreundliche Beleuchtung einsetzen

Lärm und Lichtverschmutzung beeinträchtigen die Lebensqualität in vielen Bereichen unserer Stadt. Jede Art von Lärm macht krank. Auch die Aufhellung des Nachthimmels hat direkte Konsequenzen für Mensch und Natur. Menschen sowie tagaktive Tiere brauchen die Dunkelheit zum Schlafen, Entspannen und Regenerieren. Nachtaktive Tiere brauchen sie für die Nahrungssuche. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Umsetzung der Maßnahmen aus dem städtischen Lärmaktionsplan und die Reduzierung von unnötiger Lichtverschmutzung ein. Die zur Sicherheit notwendige Beleuchtung von Straßen und Wegen in der Stadt ist mit insektenfreundlichen und energiesparenden Leuchtmitteln zu gewährleisten. Der Einsatz intelligenter Beleuchtungssysteme, die Bewegungen erfassen und das Licht zu verkehrsarmen Zeiten automatisch dimmen, ist zu prüfen.

Hochwasserschutz verbessern

Die Hochwasser in den Jahren 2011 und 2013 haben uns die Verletzlichkeit unserer Stadt vor Augen geführt. Es bedarf überregionaler Strategien zum Hochwasserschutz, die neben Deichen und anderen technischen Maßnahmen auch die Schaffung von Überflutungsflächen beinhalten. Alle Maßnahmen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes in der Stadt müssen in einem kommunalen Hochwasserschutzkonzept zusammengefasst werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich weiter dafür ein, dass der bestehende Stadtratsbeschluss zu diesem Konzept endlich umgesetzt und das Konzept weiterentwickelt wird.

Saubere Luft

Wir setzen uns für eine Reduzierung gesundheitsschädlicher Immissionen und die Verbesserung der städtischen Luftqualität ein. Noch immer werden in Halle die Grenzwerte für Feinstaub und Stickoxide überschritten. Deshalb halten wir weitere Maßnahmen zur Verbesserung der innerstädtischen Luftqualität nötig. Hierzu müssen die Stärkung des ÖPNV, die Reduzierung des LKW-Durchgangsverkehrs gehören sowie die Umrüstung städtischer Fahrzeuge auf umweltfreundliche Antriebe.

Tierschutz fördern

Der respektvolle Umgang mit Tieren ist uns wichtig. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine auskömmliche Finanzierung der städtischen Tierheime. Die notwendigen Sanierungsvorhaben müssen endlich umgesetzt werden. Darüber hinaus muss die Stadt die wichtige ehrenamtliche Arbeit der Tierschutzvereine kontinuierlich unterstützen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen Wildtiere im Zirkus ab, da sie nicht tiergerecht gehalten werden können. Zirkusbetrieben mit Wildtieren sollen in Halle keine Aufführungen ermöglicht werden.

Neue Konzepte zur artgerechteren Unterbringung der Tiere des Bergzoos Halle im Rahmen der „Bergzoo 2031“-Strategie begrüßen wir ausdrücklich, ebenso damit verbundene Maßnahmen für einen klimafreundlicheren Betrieb. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass bei der Eventplanung die Belastung der Tiere reduziert und die Umweltbildung ausgebaut wird.

Kapitel 2 Bildung: Gute Bildungsorte für alle anbieten

Gute Bildung ist Voraussetzung für ein selbstbestimmtes, erfülltes Leben und gesellschaftliche Teilhabe. Die Kindertagesstätten, Schulen, die Volkshochschule, Hochschulen sowie die Einrichtungen der Berufs- und Erwachsenenbildung in unserer Stadt sind Orte, an denen kommunale Bildungspolitik erfahrbar wird. Um erfolgreiche Bildungsbiografien zu ermöglichen, muss sie mehr sein als Gebäudeverwaltung.

Entwicklungsplanungen verzahnen und Bildungsübergänge gestalten

Bildung beginnt in Kindertagesstätten. Sie sind wichtige Orte, die elementare Bildungsangebote durchführen und die Kinder auf dem Weg bis zum Antritt ihrer Schulzeit begleiten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine bessere Zusammenarbeit von Kindertagesstätten, Horten und Grundschulen, damit der Übergang in die Grundschule professionalisiert wird. Grundlage hierfür muss eine gut verzahnte Kita-, Hort- und Schulentwicklungsplanung inklusive der freien Schulen sein. Alle Schul- und Hortstandorte sowie deren Kapazitäten müssen besser miteinander koordiniert und aufeinander abgestimmt werden. Eine kooperative Schulentwicklungsplanung bedarf der intensiven Einbeziehung der freien Schulen als Partner, denn sie übernehmen elementare Funktionen in der kommunalen Bildungslandschaft. Ohne sie wäre die Erfüllung des staatlichen Bildungsauftrags deutlich schwieriger. Ziel ist dabei die Stärkung der Pluralität und ein kooperatives Miteinander, sodass kommunale Schulen profitieren können.

Längeres gemeinsames Lernen ermöglichen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen grundsätzlich ein längeres gemeinsames Lernen unter guten pädagogischen Voraussetzungen, also ohne frühzeitige Aufteilung der Kinder auf Schulformen. Wir streben Ganztagschulen an, die sozial gerechte und individuelle Förderung ermöglichen. Dabei unterstützen wir Schulen, die sich in Gemeinschaftsschulen umwandeln wollen. Zudem sind die Kapazitäten im Bereich der gut nachgefragten Gesamtschulangebote zu erweitern und die Schulsozialarbeit muss dauerhaft an allen Schulen etabliert werden.

Weiterhin ist der Anspruch der zunehmenden Inklusion aller Schüler*innen in eine gemeinsame Kita, Hort und Schule Leitaufgabe für grüne Bildungspolitik. Die Umsetzung des inklusiven Unterrichts muss dabei seitens des Landes personell und finanziell unterstützt werden. Bei Planungen für zukünftige Vorhaben sind stets zwingend die Anforderungen zu baulichen Umsetzungen des Inklusionsgedankens für alle Behinderungsformen aufzunehmen. Dies kann jedoch nur ein erstes Zwischenziel sein, denn bauliche Realisierungen nützen nur, wenn die pädagogischen Konzepte hinsichtlich Inklusion durch Landesvorgaben weiter geschärft und Ressourcen zur Umsetzung bereitgestellt werden.

Investition in Bildung befördern

Bildung muss weiterhin ein entscheidender städtischer Investitionsschwerpunkt bleiben. Zum einen fehlen im halleschen Stadtgebiet Kitas, Grundschulen und weiterführende Schulen. Zum anderen befinden sich noch zu viele bestehende Kitas und Schulen in keinem guten baulichen Zustand. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass es im Jahr 2024 kein marodes Schulgebäude mehr geben soll. Dabei sind Schulneubauten und Schulsanierungen an den neuesten pädagogischen Erfordernissen auszurichten, was auch Freiflächengestaltung und

Aula- und Campusgebäude einschließt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen wohnortnahe Betreuungsangebote für Kinder und fordern daher die schnellstmögliche Schließung der Betreuungslücken aufgrund fehlender Einrichtungen.

Es gilt, die Investitionsprogramme in Bildungsinfrastruktur zeitnah umzusetzen sowie kommunale Mittel bereitzuhalten. Unser Anspruch erstreckt sich auch darauf Natur- und Entspannungserlebnisse in Pausen zu ermöglichen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern dafür grüne, vielfältige und ansprechende Schulhöfe. Es sollten – wo möglich – Flächen entsiegelt werden. Grüne Schulhöfe könnten auch im Rahmen von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen entstehen, die für Eingriffe in die Natur bei anderen Projekten gefordert werden. Eine Zweitnutzung als öffentliche Spielplätze außerhalb der Schulzeiten halten wir zur Vergrößerung des Spielflächenangebots in Halle ebenso für wünschenswert.

Weiterhin fordern wir eine angemessene Breitband- und IT-Ausstattung für alle Schulen bis 2022. Hier müssen die digitale Infrastruktur aller Schulen und Vermittlung digitaler Kompetenzen bei Schüler*innen Hand in Hand gehen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich dafür einsetzen, dass dafür ausreichend Mittel im Haushalt eingestellt werden.

Halles Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind für uns die entscheidenden Voraussetzungen zukünftiger Gesellschafts- und Wirtschaftsentwicklung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten gegenüber dem Land dafür ein, dass diese Einrichtungen gerade an einem Bildungsstandort mit so langer Tradition weiterentwickelt werden. Wir fordern einen deutlich stärkeren Einsatz der Stadt für die Weiterentwicklung unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Die Kooperationsvereinbarung zwischen Martin-Luther-Universität und der Stadt Halle muss nun in kontinuierlicher Zusammenarbeit und verschränkter Planung umgesetzt werden.

Bildungslandschaft blühen lassen

Da Lernen nicht nur in der Schule, sondern auch beim Sport, im Verein, im Seniorenkolleg stattfindet, spricht man auch von der sogenannten Bildungslandschaft – in Halle also von der halleschen Bildungslandschaft. Das darin agierende Bildungsmonitoring zur Beobachtung und Analyse muss verstetigt werden, um Bildungsstationen und -angebote vor Ort aufeinander beziehen und abstimmen zu können. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen insbesondere kita- und schulübergreifende Kooperationen und die Zusammenarbeit mit Einrichtungen und Trägern der Jugendhilfe, wie z. B. Horten, Jugendklubs und Sportvereinen anregen und fördern.

Schulerfolge vergrößern

Um den in unserer Stadt noch immer viel zu hohen Anteil an Schulabgänger*innen ohne Schulabschluss zu senken, fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Kooperation aller Bildungsbeteiligten zur Unterstützung betroffener Jugendlicher und Schulen. Schulen mit einer erhöhten Quote müssen als Schwerpunktschulen identifiziert werden und anschließend eine besondere Förderung beispielsweise hinsichtlich der Schulsozialarbeit erfahren.

Die Integration geflüchteter Schüler*innen und deren erfolgreicher Schulabschluss ist eine besondere Aufgabe, der sich die Schulen stellen. Hierfür wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN besondere Unterstützungsmaßnahmen erarbeiten, sodass eine sprachliche und schulische Integration an allen Schulformen und Schulen der Stadt ermöglicht wird.

Alle Schüler*innen kostenfrei fahren lassen

Aufgrund der landesgesetzlichen Ausgestaltung der Fahrtkostenerstattung existiert eine Zweiteilung der haleschen Schüler*innenschaft in jene, die aufgrund größerer Entfernungen zwischen Wohnsitz und Schule in den Genuss einer kostenfreien ÖPNV-Karte kommen, und jene, die durch dieses Raster fallen und momentan zu hohen Preisen privat für Fahrten zahlen müssen. Diese Ungerechtigkeit aufgrund einer willkürlichen Abstandsfestlegung wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beenden. Wir setzen uns im Stadtrat dafür ein, dass alle Schüler*innen den öffentlichen Nahverkehr rund um die Uhr an allen Wochentagen kostenfrei nutzen können.

Professionalisierung erhöhen

Die Arbeit und das Engagement von Kita-, Hort- und Schulgremien muss weiter gewürdigt und anhand festgelegter Standards professionalisiert werden. Bei der Planung der konkreten Ausgestaltung der (Grund)Sanierungsmaßnahmen sind die jeweiligen Schulgremien frühzeitig zu beteiligen und unnötige Belastungen sowie weit entfernte Ausweichstandorte möglichst zu vermeiden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine gute Bildungs- und Betreuungsqualität in allen Kindertageseinrichtungen sichergestellt wissen. Dazu fordern wir für alle Kitas endlich kommunal verbindliche Standards in pädagogischer Qualität und Leistung so wie deren Umsetzung.

Ein weiterer Baustein in der Realisierung eines umfassenden Betreuungs- und Bildungsangebots sind Kindertagespflegeangebote. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deren weiteren Ausbau unter Anwendung der von uns initiierten Richtlinie der Stadt sowie verbindliche Qualitätsstandards in der Kindertagespflege.

Wir wollen konkrete Projekte und Präventionskonzepte, wie z. B. „Gesunde Schule“ und „Gesunder Kindergarten“, weiterentwickeln und umsetzen. Zur Gesundheitsförderung gehört es auch, Kinder zu motivieren, den Schulweg allein zu Fuß oder mit dem Rad zu absolvieren bzw. den ÖPNV zu nutzen. Das setzt voraus, dass Eltern Vertrauen in die Sicherheit der Verkehrsinfrastruktur haben. Deshalb setzen wir uns für sichere und benutzerfreundliche Schulwege ein.

Die Stadt muss nach Lösungen suchen für den immer weiter steigenden Bedarf an pädagogischen Fachkräften aufgrund der vielen anstehenden Pensionierungen und zu geringen Ausbildungszahlen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine öffentliche Kampagne für den Erzieher*innenberuf sowie die Einrichtung von mehr Berufsschulklassen für Erzieher*innen.

Kapitel 3 Kinder, Jugend und Familien unterstützen

Halle wächst und etabliert sich als familienfreundliche Stadt. Viele Familien können in Halle gut leben. Skandalös ist jedoch, dass gleichzeitig etwa ein Drittel der Kinder in unserer Stadt von Armut betroffen sind.

Deshalb ist es Ziel grüner Politik, dafür Sorge zu tragen, dass alle Kinder und Jugendlichen die gleichen Entwicklungsmöglichkeiten erhalten. Mittels frühzeitiger Bildungs-, Jugend- und Sozialarbeit soll eventuellen Problemlagen und deren möglicher Verstetigung entgegen gewirkt werden.

Daher treten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für leicht zugängliche Beratungs- und Unterstützungsangebote für Kinder, Jugendliche und Eltern ein. Diese sollen Betroffenen aus allen sozialen Milieus gleichwertig zugänglich sein.

Kinderarmut verringern

Eine Kommune hat nicht die Möglichkeit, Armut zu verringern, kann aber deren Folgen minimieren. Die Handlungsempfehlungen des städtischen Kinderarmutsberichts wurden bislang nicht angemessen bearbeitet und evaluiert. Daher hat der Stadtrat auf Initiative von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ende 2017 per Beschluss weitere Maßnahmen sowie drei zusätzliche Personalstellen geschaffen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine zeitnahe Umsetzung, ein Monitoring sowie eine regelmäßige Fortschreibung des Berichts. Insbesondere die Kinder von Alleinerziehenden müssen hier im Mittelpunkt stehen, da sie besonders von Armut betroffen und bedroht sind.

BuTplus entwickeln

Die Leistungen des Bundes zur Förderung der „Bildung und Teilhabe“ (BuT) sind ein wesentliches finanzielles Unterstützungsinstrument für Kinder und Jugendliche in unserer Stadt. Ergänzend zum bisherigen Leistungsumfang setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Einführung des BuT plus ein. Dabei handelt es sich um eine kommunale finanzielle Ergänzung, z. B. für Fahrten zu Punktspielen, Turnieren und für Sportbekleidung.

Kinder schützen – Eltern unterstützen

Die Geburtenzahlen in Halle steigen. Das ist eine erfreuliche Entwicklung für unsere Stadt. Doch nicht alle Eltern verfügen über gleich gute Voraussetzungen, um mit den Herausforderungen des Familienzuwachses umgehen zu können. Für diese Fälle bieten Familienhebammen Unterstützung an, betreuen und begleiten Familien in besonderen Lebenslagen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass der Umfang des aktuellen Unterstützungsangebotes erhalten bleibt und zukünftig bedarfsgerecht weiterentwickelt wird. Darüber hinaus brauchen alle jungen Familien eine gute Versorgung rund um die Geburt. Insbesondere für die gesetzlich festgelegte Wochenbettbetreuung fehlen freiberufliche Hebammen in der Stadt. Wir wollen Anreize schaffen, dass Hebammen hier arbeiten und diese Leistung anbieten können.

Prävention statt Intervention in den Mittelpunkt stellen

Im Bereich der Hilfen zur Erziehung (HzE) stehen einer unzureichenden Personalausstattung steigende Fallzahlen und somit auch erhöhte Ausgaben gegenüber. Die ausreichende Ausstattung mit Personal zur Erfüllung der Aufgaben sollte jedoch selbstverständlich sein. Dabei sind verbindliche Qualitätsstandards festzuschreiben. Die Wende von Intervention zu Prä-

vention kann nur konsequent vollzogen werden, wenn in Prävention investiert wird. Zur Prävention zählen z. B. die verlässliche Finanzierung von Familienbildungsangeboten wie beispielsweise Erziehungsberatungsstellen und die Unterstützung von Familienfreizeiten und Familienerholung. Besonders belastete Familien sollen an dem von uns entwickelten Angebot „Familien ab ins Grüne“ teilhaben können. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern verstärkte Investitionen in die Prävention, um langfristig den Bedarf an HzE-Maßnahmen und damit verbundene (hohe) Ausgaben zu verringern.

Kinderbetreuung sichern

Unsere Stadt verfügt über eine gut ausgebaute Infrastruktur an Betreuungsplätzen im Kindergrippen-, Kindergarten- und Hortbereich. Dennoch kommt es in einigen Stadtteilen zu Versorgungsengpässen. Dort sind insbesondere Kindergartenplätze knapp, die im unmittelbaren Wohnumfeld der Familien liegen. Daher setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine flächendeckende Betreuungslandschaft in unserer Stadt ein. Um dem in den kommenden Jahren erwartbaren Erzieher*innen- und Lehrer*innenmangel entgegenzutreten, wollen wir bei dieser Zielgruppe mit Initiativen für unsere schöne Stadt werben und gleichzeitig junge Menschen ermutigen, diese Berufe zu wählen.

Freiräume für Kinder und Jugendliche schaffen

Die Investitionen in Spielplätze müssen stadtweit weiter vorangetrieben werden. Hier muss es sich nicht zwingend um voll ausgestattete Spielplätze handeln, sondern es können auch naturnah gestaltete Aufenthaltsbereiche sein. Die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen unterscheiden sich. Die Stadt muss sich dem öffnen und an geeigneten Standorten Plätze für Freizeitverhalten von Jugendlichen schaffen (auch mit freiem WLAN). Das Finanzvolumen ist dementsprechend bereitzustellen. Die Erreichbarkeit von Toilettenanlagen an Spielplätzen sollte zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität bei der Planung und Verbesserung von Spielflächen mitbedacht werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine bedarfsgerechte Entwicklung von offenen Kinder- und Jugendfreizeitangeboten als nichtkommerzielle Orte kindlicher und jugendlicher Kreativität, Fantasie und Selbsterfahrung ein.

Die Kinder- und Familienfreundlichkeitsprüfung bei städtischen Planungen muss zu einem wirkungsvollen und aussagekräftigen Instrument entwickelt werden und darf nicht nur als pflichtgemäß abzuarbeitende Checkliste in städtischen Vorlagen angesehen werden.

Generationenübergreifend arbeiten

Die Frage des Zusammenlebens verschiedener Generationen in der Stadt muss angesichts einer stetig alternden Bevölkerung verstärkt in den Vordergrund treten. Dies betrifft die konkreten Auswirkungen wie Barrierefreiheit und die Beförderung von Mehrgenerationenprojekten in der Stadt. Begegnungsstätten mit qualitativ hochwertigen Angeboten unter der Beteiligung der Senior*innen in den Stadtteilen halten wir für wichtig und erhaltenswert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern weiterhin die Etablierung eines Jugendparlamentes. Wir sehen dieses Gremium als geeignetes Instrument an, um jugendpolitischen Themen ein stärkeres Gewicht in unserer Stadt zu geben.

Kapitel 4 Umweltfreundlich und mobil: Den Stadtraum neu denken

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vertreten ein Verkehrskonzept, das dem Leben und den oft kurzen Wegen in der Stadt gerecht wird und Lärmbelästigung, Umweltverschmutzung sowie Flächenverbrauch senkt. Dabei haben Rad- und Fußverkehr sowie der ÖPNV für uns Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr (MIV). Den Anforderungen von Bürger*innen mit Mobilitätseinschränkungen ist bei allen Verkehrsplanungen besondere Beachtung zu schenken.

Wir glauben, dass wir dies erreichen können, wenn Verkehr vermieden oder zumindest reduziert wird sowie umweltfreundliche Verkehrsarten wie ÖPNV und Rad- und Fußverkehr gefördert werden. Als Stadt müssen wir die finanziellen, planerischen und baulichen Voraussetzungen dafür schaffen. Eine nicht zu Ende gedachte pauschale Festsetzung zur Förderung des MIV, wie die Festlegung des vierspurigen Ausbaus der Merseburger Straße, darf es in Zukunft nicht mehr geben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die ordnungsrechtliche Durchsetzung der vorhandenen Umweltzonen sowie deren Erweiterung.

Fuß- und Radwege erhalten und verbessern

Die Stadt muss alle Verkehrsteilnehmer*innen in den Blick nehmen. Elementar ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein guter Zustand der Fuß- und Radwege, deren barrierearme Ausgestaltung und die stadtweite Analyse und Beseitigung der relevanten Unfallschwerpunkte. Hier haben Schulwege und typische Freizeitverkehrsrouten von Kindern Priorität. Die Mittel für Instandhaltungsmaßnahmen für Rad- und Fußwege müssen erhöht werden. Die Durchlässigkeit zentraler Plätze und Routen für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen muss verbessert (z. B. Riebeckplatz und Franckeplatz bzw. Geiststraße und Mansfelder Straße) und besonders gefährliche Stellen müssen entschärft werden. Außerdem setzen wir uns für den Test sogenannter velosicherer Gleise an kritischen Punkten in der Innenstadt ein.

Car- und Bikesharing fördern

Zur weiteren Reduzierung der Fahrzeugdichte und zur effizienteren Nutzung von PKWs muss die Stadt Halle Carsharing deutlich stärker unterstützen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Reservierung von mehr Stellflächen im öffentlichen Verkehrsraum, insbesondere für E-Mobile. Ein Modellprojekt „Wohnen ohne eigenes Auto“ in Zusammenarbeit mit den städtischen Wohnungsgesellschaften möchten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Weg bringen. Dieses muss durch die Stadt erarbeitet, umgesetzt und durch Carsharing-Angebote flankiert werden.

Insbesondere auch für Pendler*innen und nachhaltigen Tourismus bedarf es eines qualitativ hochwertigen und nachhaltigen Bike-Sharing-Angebots mit flächendeckender Rückgabemöglichkeit. Hierdurch ist zudem eine Entlastung der Fahrradmitnahmekapazitäten im S-Bahn-Verkehr zu erwarten. Der Riebeckplatz ist für ein solches Angebot als Bike-Sharing-Schwerpunkt prädestiniert.

Zur Förderung der schnellen Mobilität im Verkehrsartenmix fordern wir die Schaffung von Verknüpfungspunkten zwischen Sharing-Angeboten und öffentlichen Verkehrsmitteln in Form sogenannter Mobilitätsstationen. Die Mobilitätsstation verknüpft die verschiedenen Verkehrsangebote im Straßenraum. Durch eine gut sichtbare Platzierung an Straßenknoten und ÖPNV-Haltepunkten werden attraktive Flächen für Carsharing-Fahrzeuge und Leihfahr-

räder gewonnen. Bei der Planung von Neubauquartieren sind entsprechende Flächen von Beginn an mit zu berücksichtigen.

E-Mobilität ermöglichen

Elektromobilität hat sich in Europa rasant entwickelt. Dabei ist Halle auf E-Mobilität noch nicht genügend vorbereitet. Die wenigen Ladestationen im Stadtgebiet und eine marginale Zahl von E-Mobilen können nur ein Anfang sein. Zukünftig sollte bei allen Neubau- und Sanierungsprojekten in ausreichendem Maß E-Mobilität berücksichtigt werden – sowohl für E-Cars als auch für E-Bikes!

Parkdruck intelligent begegnen

In stark von Parkdruck belasteten Wohngebieten halten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Errichtung von Parkhäusern für Anwohner*innen (möglichst in Modulbauweise) bei gleichzeitiger Verringerung der Parkmöglichkeiten im öffentlichen Raum für sinnvoll. Somit könnte ein Stück Lebensqualität in den Stadtteilen zurückgewonnen werden. Wir fordern flächendeckende Tempo-30-Zonen mit Ausnahme wichtiger Hauptverkehrsruuten und setzen uns dafür ein, dass weitere Wohngebiete verkehrsberuhigt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für Wohnkonzepte ohne eigenes Auto ein. Eine Ausweitung der Park-and-ride-Angebote wird von uns angestrebt. Hierbei ist eine Kombination der vorhandenen Plätze mit Car-Sharing-Angeboten und E-Mobilitätsstationen sicherzustellen.

Halle geht zu Fuß – Fußgänger*innen genug Raum geben

Bürger*innen sind in ihrem Mobilitätsverhalten in großen Teilen Fußgänger*innen! Dieser Tatsache wird jedoch bei der Wahrnehmung sowie bei Unterhaltung und Neuplanung von Fußwegen zu wenig Rechnung getragen. Fußwege sind zu oft Verhandlungsmasse bei der Unterbringung von KFZ-Stellplätzen, Werbeträgern und Verkaufsständen. Für die Instandsetzung wendet die Stadt zu wenige Mittel auf.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Erhöhung des Instandhaltungsbudgets ein. Auch in den historischen Stadtteilen müssen Fußwege modernen Ansprüchen gerecht werden. Bei der Gestaltung sind denkmalschützerische Aspekte zu berücksichtigen und es ist auf die Wiederverwendung der vorhandenen Platten- und Pflasterbeläge zu achten.

Die Beleuchtung von Verkehrswegen ist vielerorts in Halle unzureichend und bedarf eines Gesamtkonzeptes. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich hier für eine Verbesserung von sog. „Angsträumen“ ein. Dabei sollten intelligente Beleuchtungssysteme zum Einsatz kommen (Dimmen per Bewegungsmelder).

Den ÖPNV attraktiv machen

Der öffentliche Personennahverkehr ist ein wichtiger Baustein für eine ökologische Mobilität. Halle ist hier bereits gut aufgestellt. Dem gut ausgebauten Straßenbahnnetz stehen leider immer weiter steigende Fahrpreise gegenüber, die die Attraktivität des ÖPNV mindern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Fortentwicklung des Streckennetzes, für kürzere Taktzeiten und eine bessere Vernetzung des halleschen Netzes mit der Region ein. Dabei sollen die Umlandgemeinden an der Finanzierung angemessen beteiligt werden.

Die bereits andiskutierte Variante eines steuerfinanzierten kostenlosen ÖPNV für die Region halten wir für die richtige Antwort auf die verkehrspolitischen Anforderungen der nächsten Jahre. Wir werden uns für eine Umsetzung stark machen. Wir streben eine schrittweise Re-

duzierung der Fahrpreise an. Außerdem halten wir die Ausweitung von Kombikarten für den ÖPNV und Eintrittskarten für Kultur- und Sportveranstaltungen für sinnvoll und wollen dies in der nächsten Wahlperiode ausbauen.

Ein weiterer Baustein eines komfortableren und nutzer*innenfreundlicheren ÖPNVs sind verbesserte Mitnahmemöglichkeiten von Kinderwagen, Gehhilfen, Rollstühlen und Fahrrädern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden darauf drängen, dass in der bestehenden Wagenflotte das Platzangebot der Multifunktionsstellflächen dafür ausgeweitet wird. Außerdem müssen auf der Bahnstrecke Halle-Leipzig die Kapazitäten insgesamt entsprechend der hohen Nachfrage erhöht werden.

Städtisches und regionales Radwegenetz ausbauen

Das Radwegenetz ist auszubauen, umfassend auszuschildern und durch spezielle Radstraßen und attraktive durchgängige Streckenverbindungen, durchaus auch zu Lasten bisheriger MIV-Straßen, zu erweitern. Zusätzlich sollen neue, vom restlichen Verkehr separierte Routen entstehen, beispielsweise zwischen dem Hauptbahnhof und Halle-Silberhöhe entlang der Fernwärmetrasse sowie zwischen Halle-Neustadt und dem Böllberger Weg. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen den Ausbau eines Radschnellwegs Halle-Leipzig. Zahlreiche weitere Einbahnstraßen können für den Radverkehr geöffnet werden.

Überfällig ist eine Radverkehrsverbindung für die hochfrequentierte Strecke Hauptbahnhof–Leipziger Turm. Angesichts des Mangels an alternativen Direktverbindungen muss der Radverkehr auf der oberen Leipziger Straße ermöglicht werden.

Im Zuge von Baumaßnahmen soll möglichst auf vom Fuß- und Autoverkehr getrennte Radwege geachtet werden. Andere Städte machen bereits vor, wie der Radverkehr vorteilhaft in den Stadtverkehr integriert werden kann.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich weiterhin für die Schaffung von Radabstellanlagen ein. Insbesondere am Bahnhof ist die Situation unbefriedigend. Hier werden wir auf die Umsetzung des Beschlusses zur Errichtung eines Fahrradparkhauses und einer Fahrradparkstation drängen. Bei Neubau- und Sanierungsmaßnahmen – sowohl beim Wohnungsbau als auch bei öffentlichen Nutzungen wie Schulen und Verwaltungsbauten – setzen wir uns für ausreichend und sichere (verschießbare) Abstellanlagen ein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, die Potenziale des Fahrradtourismus als nachhaltigen Wirtschaftsfaktor ernst zu nehmen und dazu den Saale-Radwanderweg im Stadtgebiet endlich umfassend auszubauen und angemessen auszuschildern. Der Radtourismus soll eine bedeutende Rolle im Tourismuskonzept der Stadt spielen. Die Kooperation mit dem Saale- und Burgenlandkreis ist zu vertiefen und verbindlich zu gestalten. Es besteht ein großer Bedarf, Radstrecken, die für die Naherholung genutzt werden, ins Umland auszubauen.

Citylogistik intelligent planen

Paketdienst- und Warenlieferdienstleistungen im innerstädtischen Verkehr bringen enorm steigende Belastungen für alle Bürger*innen mit den bekannten unerwünschten Folgen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern städtische Projekte zu gemeinschaftlichen und verkehr-reduzierenden Verbänden für Paketzustelldienste und Lieferverkehr im Innenstadtbereich. Die Stadtverwaltung soll dazu den Beitrag leisten, Flächen für innerstädtische Sammelstationen bereitzustellen, Zustelldienste per Lastenrad zu fördern und Zusammenschlüsse von Cityhändlern bzw. individuellen Kunden in der Gründungsphase zu unterstützen. Die ersten

Projekte sollen bis 2020 starten und begleitend wissenschaftlich evaluiert werden. Für Paket- und Lieferdienste sind in Stadtvierteln mit angespannter Parksituation gesonderte Haltezo-
nen zu schaffen, um Konflikte mit dem Rad- und Fußverkehr zu reduzieren.

Kapitel 5 Unsere Stadt gestalten

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Halle als lebenswerte Stadt erhalten und gemeinsam mit den Bürger*innen weiterentwickeln: zu einer Stadt mit attraktiven Stadtvierteln mit guter Wohn- und Aufenthaltsqualität – auch im öffentlichen Raum. Bei der Entwicklung der Wohnquartiere haben gute Fuß- und Radwege, Sauberkeit, mehr Grün und eine gesunde und ruhige Umgebung für uns klaren Vorrang. Unser Ziel ist ein vernünftiger Ausgleich der verschiedenen Funktionen des öffentlichen Raums. Planung und Gestaltung des städtischen Raumes müssen nachhaltigen Zielen genügen und die Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raumes für alle Menschen sicherstellen.

Wir sind für die Schaffung neuer Freiräume für Sport, Spiel und Erholung und zur Verbesserung der Klimaregulationsfunktion. Besonders in dicht bebauten Stadtgebieten sind Entsiegelungspotenziale zu ermitteln und zu nutzen und Nachverdichtungen zu vermeiden.

Wohnungspolitisches Konzept umsetzen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN möchten bezahlbaren Wohnraum erhalten und neu schaffen, das Abdriften benachteiligter Stadtviertel verhindern und einer sozialen Segregation entgegenwirken. Mit der Verabschiedung des wohnungspolitischen Konzepts sind erste Schritte getan. Es gilt nun, das Konzept mit konkreten Maßnahmen zu untersetzen. So sollte unter anderem günstiger Wohnraum in der Innenstadt erhalten bleiben, das Wohnungsangebot in den Großwohnsiedlungen weiter verbessert werden (z.B. durch energetische Sanierung und Grünflächengestaltung) und noch bestehende Möglichkeiten zur Bebauung in der Innenstadt genutzt werden. Darüber hinaus halten wir es für erforderlich, dass schnellstmöglich ein Mietspiegel für Halle erstellt wird.

Bei der Neuentwicklung von Wohnbebauungsflächen sollte auf die soziale Ausgewogenheit geachtet werden. Dem selbstgenutzten Eigentum sollte Vorrang vor Anlageobjekten eingeräumt werden. Hierbei ist immer die Option des Erbbaupachtvertrages zu prüfen und mindestens eine Konzeptvergabe vorzunehmen. Der Ausverkauf kommunalen Grund und Bodens zur Haushaltssanierung und Finanzierung von Pflichtaufgaben ist zu stoppen.

Riebeckplatz zu einem grünen und modernen Ort machen

Die Weiterentwicklung des Riebeckplatzes und seines Umfeldes wird die größte städtebauliche Herausforderung der nächsten Jahre. Das von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf den Weg gebrachte und im Rat beschlossene Leitbild bildet eine solide Grundlage für eine geordnete städtebauliche Vision. Diese gilt es – auch im Prozess mit den bereits angestoßenen Entwicklungen – weiter zu einem Rahmenplan zu entwickeln, insbesondere weil hier Weichen für die nächsten Jahrzehnte gestellt werden, in denen sich das Klima und die Verkehrsrahmenbedingungen massiv ändern werden. Wichtige Forderungen an die Gestaltung sind für die ersten beiden Quadranten bereits formuliert. Eine angemessene Begrünung, nicht nur der Fassaden, sondern auch in den Zwischengeschossen, innovative Energiekonzepte mit Solarpaneelen bis zu E-Mobil-Stationen gehören genauso dazu wie die Einbindung der Fußgänger- und Radverkehrsflächen sowie Freiflächen mit hoher Aufenthaltsqualität. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass der Riebeckplatz ein grüner Ort modernen Städtebaus wird.

Zur Belebung und Weiterentwicklung der oberen Leipziger Straße bedarf es eines Zwischennutzungskonzepts für leerstehende Gewerbeflächen sowie einer städtischen Eigentü-

mer*innenmoderation, um diese Flächen für Kunst, Kultur und alternative Nutzung zu öffnen und so die Attraktivität der Straße als repräsentativen Boulevard zu steigern.

Wohnortnahe Einzelhandelsversorgung sichern

In den zurückliegenden Jahren war ein zunehmender Verteilungskampf unter den Einzelhandelsunternehmen im Lebensmittelmarkt zu beobachten. Unabhängig von der vorhandenen Versorgungsdichte werden Supermärkte vergrößert und neugebaut. Das aktuelle Einzelhandels- und Zentrenkonzept bietet als Planungsinstrument ausreichend Möglichkeiten für eine ausgewogene Ansiedlungspolitik zur Stärkung der Innenstadt und zum Schutz wohnortnaher Einzelhandelsversorgung. Dieses gilt es in Zukunft stärker zu beachten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dieses nicht zugunsten einer ungehinderten Expansionsstrategie der großen Unternehmen aufzuweichen. Ziel ist die wohnortnahe Einzelhandelsversorgung. Dies trägt zur Belebung der Stadtviertel bei.

Mit dem Ziel einer autoarmen Altstadt vor Augen möchten wir die Entwicklung der Kleinen Ulrichstraße zu einer einladenden und sicheren Kneipenmeile und Einkaufsstraße unterstützen. Daher wollen wir eine Lösung, bei der nur noch Personen mit Autos in die Straße einfahren können, die eine Berechtigung haben, z. B. Anwohner*innen und Lieferverkehr.

Bürger*innen frühzeitig an Planungsprozessen beteiligen

Mit der frühzeitigen Bürger*innenbeteiligung bei Planungsprozessen ist ein erster Schritt in Richtung Transparenz getan worden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, noch vor der Formulierung der Planungsziele eine offene Diskussion zu führen. Nur so können Eckpunkte und Zielrichtungen eines Vorhabens frühzeitig zu einem Konsens mit der Bürgerschaft geführt werden. Wir versprechen uns davon auch eine Verkürzung der Planungszeiten, da Grundsatzfragen bereits frühzeitig diskutiert werden. Transparenz im Planungsbereich bedeutet darüber hinaus, dass alle relevanten Informationen gut zugänglich und sinnvoll aufbereitet auf der städtischen Homepage abrufbar sind.

Historische Gebäude erhalten

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für den Erhalt der historischen Bebauung und deren Nutzbarmachung ein. Eine Vielzahl von Gebäuden wurde in den letzten Jahrzehnten saniert, sie prägen das Stadtbild und sind identitätsstiftend. Dennoch sind einige wichtige Zeugnisse verschiedener Epochen in ihrem Bestand akut gefährdet. Mehrere Gebäude, wie z. B. der spätgotische „Kühle Brunnen“ oder das Renaissancehaus Brüderstraße 7, benötigen eine Rettung. Aber auch eine Vielzahl historischer Zeugnisse der gründerzeitlichen Industriepoche sind in ihrem Bestand gefährdet – etwa der Schlachthof, die Freyberg-Brauerei Glaucha oder die Lederfarbenfabrik Ammendorf. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die Stadtverwaltung z. B. mithilfe der Eigentümermoderation gemeinsam mit den Besitzer*innen zügig nach Lösungen sucht, aber auch ggf. mit Ersatzvornahmen Eigentümer zum Handeln bewegt. Das Mittel des Baugebots nach Baugesetzbuch ist als letztes Mittel in Betracht zu ziehen.

Die Kooperation mit Gruppen, die sich für die Sanierung und Belebung von (vernachlässigten) Denkmälern einsetzen, soll fortgesetzt werden. Initiativen wie Peißnitzhaus e. V., Haushalten e. V. und Schwemme e. V. tragen wesentlich zur Vielfalt unserer Stadt bei. Sie sind ein wesentlicher Faktor bei der Belebung und Stabilisierung von Stadtteilen.

Stadt in Zeiten des Klimawandels entwickeln

Angesichts steigender Probleme durch den Klimawandel ist die energetische Sanierung und Umgestaltung der kommunalen Gebäude ein wichtiges Aufgabenfeld. Dabei ist auf den Einsatz nachhaltiger Baustoffe, die Nutzung regenerativer Energietechnik und Dachbegrünung, biodiverser Freiraum- und Dachgestaltung sowie auf die Schaffung von nutzungsoffenen bzw. -flexiblen Raumstrukturen, die nachhaltig den Wandel von Nutzungen ermöglichen, ein besonderes Augenmerk zu legen. Die Stadt sollte mit gutem Beispiel vorangehen, mit den städtischen Wohnungsgesellschaften Modelle entwickeln und sich gegenüber Land und Bund für Förderungsmöglichkeiten einsetzen.

Aspekte der Klimaanpassung sind auch bei der Stadtentwicklung insgesamt zu berücksichtigen, z. B. durch die Freihaltung und langfristige Neuschaffung von Frischluftschneisen, durch mehr Wasser in der Stadt (z. B. durch Ausbau bzw. zusätzlichen Bau von Flächenbrunnen und Verdunstungs-/Versickerungsflächen für Regenwasser), durch Schaffung von Reflexionsflächen etc. Diese Aspekte sind bei allen Bauvorhaben der Stadt und ihrer Tochtergesellschaften aber auch bei der Genehmigung von Bauvorhaben Dritter zu berücksichtigen und z. B. in Bebauungsplänen festzuschreiben.

Kapitel 6 Soziale Stadt und Gesundheit fördern

Der soziale Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft und die Unterstützung von Bürger*innen in persönlichen finanziellen und/oder gesundheitlichen Notlagen bleibt für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein wichtiges Ziel städtischer Politik. Die Herangehensweise der Stadtverwaltung, Pflichtaufgaben zwar nicht aufzugeben, aber innerhalb des vorhandenen Ermessensspielraums immer weiter abzuschmelzen, lehnen wir ab. Wir fordern darüber hinaus eine Einbindung sozialer Kriterien, wie die Anlehnung an den TVÖD, bei der Vergabe an freie Träger.

Bürger*innen in persönlichen Notlagen unterstützen

Für Projekte von Sozialträgern muss es in der Stadt finanzielle Planungssicherheit geben. Die Budgetierung muss ausgebaut werden. Dies beinhaltet neben finanziellen Zuschüssen auch die Anerkennung der Arbeit der Träger und der an vielen Stellen eingesetzten ehrenamtlich Engagierten. Die Leistungsangebote sollen regelmäßig bezüglich der qualitativen Erreichung der Förderziele überprüft werden. Angesichts der großen Zahl der persönlichen Überschuldungen wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass mindestens der bisherige Umfang der Schuldnerberatungsangebote beibehalten wird. Zusätzlich soll geprüft werden, inwieweit die Kapazitäten der Schuldnerberatungsstellen aufgestockt werden können, möglichst auch mit stadtteilnahen Angeboten. Die Hilfsangebote für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Bürger*innen in unserer Stadt sind gesetzliche Aufgabe und müssen erhalten bleiben. Diese Angebote der Stadt müssen für alle Bürger*innen leicht zugänglich sein.

Der Halle-Pass soll möglichst vielen Bürger*innen mit engem finanziellem Spielraum die Teilhabe am städtischen Angebot der Freizeitgestaltung erleichtern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen dieses Instrument stärken und weiter ausbauen. Dafür müssen der Halle-Pass und die damit verbundenen Eintritts- und Gebührenermäßigungen bekannt, attraktiv, vielseitig einsetzbar und möglichst unbürokratisch zu erlangen sein. Der Halle-Pass soll weiterhin in allen städtischen Einrichtungen mit dem jetzigen Ermäßigungsumfang akzeptiert werden. Eine Ausweitung der Leistungen des Halle-Passes auf den ÖPNV, auf Angebote von Privatwirtschaft und Vereinen sowie auf bislang nicht anspruchsberechtigte Personen mit geringem Einkommen sollte forciert werden.

Bezahlbares Wohnen ermöglichen

Eine Aufgabe der Kommune ist es, für alle Bürger*innen bezahlbaren Wohnraum in allen Stadtteilen vorzuhalten und sozioökonomisch durchmischte Wohngebiete zu ermöglichen. Kommunale Wohnungsunternehmen sollen geeignete barrierefreie und bezahlbare Wohnmöglichkeiten für Senior*innen und Familien vorhalten und neu schaffen. Darüber hinaus sollen intergenerationelle und gemeinschaftliche Wohnprojekte in der Stadt gefördert und unterstützt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden insbesondere darauf drängen, dass alle verfügbaren Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau abgerufen werden und wir als Kommune eine bedarfsgerechte Quote an sozialübergreifendem, barrierefreiem und altengerechtem Wohnen erreichen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Erhalt der Angebotsvielfalt an bezahlbarem Wohnen für Studierende im Blickfeld unterstützen. Der zunehmenden Entnahme von Wohnungen zur

alleinigen Vermietung über „Airbnb“ ist mit allen rechtlich möglichen Mitteln von Seiten der Stadt zu begegnen.

Das Quartiersmanagement soll zu einem funktionierenden Instrument entwickelt werden, um als Verbindungsstelle für die Akteur*innen im Viertel zu dienen.

Wir wollen die unkomplizierte Umsetzung von Instrumenten wie „Instandwohnen“ und bevorzugte Kaufangebote an Mieter*innengemeinschaften.

Gesundheit fördern

Gesundheitliches Wohlbefinden ist ein grundsätzliches Bedürfnis der Menschen und muss Leitinteresse bei Bau- und Stadtentwicklung werden.

Zur bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung sollte sich die Stadt für die Öffnung der Niederlassungsbezirke in der ambulanten Versorgung mit Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen einsetzen, um besonders langen Wartezeiten in Halle zu verringern. Die Psychiatrischen Arbeitsgemeinschaften zwischen Halle und dem Saalekreis sollen weiter institutionalisiert werden. Die Attraktivität der Stadt zur Ansiedlung einer bedarfsgerechten Zahl von Hebammen muss verbessert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine unabhängige Patient*innenberatungsstelle im Rahmen des Bundesprogramms. Zudem muss die Unterstützung kommunaler Projekte für Selbsthilfe und Angehörigenarbeit, insbesondere im Bereich der chronischen Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen, sichergestellt werden.

Zur Förderung der Kindergesundheit braucht es die Verzahnung von Bildungseinrichtungen mit Institutionen der Jugendhilfe und mit Sportvereinen. Hier besteht Nachholbedarf.

Zur Vermeidung von Substanzabhängigkeiten sollten insbesondere Kinder und Jugendliche präventiv erreicht werden. Dazu sind die Erhaltung von Drogenberatungsstellen und die zügige Umsetzung des Drogen- und Suchtkonzepts notwendig. Drogenkonsum und Sucht sind ein Phänomen, dem mit aufsuchender Straßensozialarbeit begegnet werden kann. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Erfahrungen anderer Städte wie z. B. Leipzig nutzen, um Problemkonstellationen durch Trinkstandorte zu begegnen und Kontakt zu diesen Personengruppen herzustellen. Grundsätzlich halten wir die persönliche Ansprache durch Sozialarbeiter*innen und Polizei gegenüber Verboten und Verdrängen für vorzugswürdig und wirksamer. Zur Koordination der kommunalen Strategie fordern wir die Wiedereinrichtung der Stelle einer/s Drogenbeauftragte/n, die nicht in Personalunion mit der Psychiatriekoordination eingerichtet werden soll.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Legalisierung von Cannabis ein. Deshalb fordern wir, dass sich die Stadt Halle an einem Modellprojekt zur kontrollierten Abgabe von Cannabis beteiligt.

Gesundheitliches Wohlbefinden schließt ebenfalls den Teilbereich sexueller Gesundheit ein. Nach wie vor ist bei vielen Menschen das Unwissen über HIV/AIDS und andere sexuell übertragbare Infektionen, die Tabuisierung des Sprechens über Sexualität sowie die Stigmatisierung normabweichender sexueller Lebensweisen ausgeprägt. Hier gilt es mit einer lebensweltakzeptierenden Präventionsarbeit anzusetzen. Selbsthilfeinstitutionen und -projekte müssen finanziell gefördert und abgesichert werden.

Kapitel 7 Gleichstellung, Weltoffenheit und Vielfalt fördern

Barrierefreiheit ausbauen

Menschen mit Behinderungen müssen gleichwertige Zugangsmöglichkeiten zu Orten und Angeboten in der Stadt vorfinden. Insbesondere bei städtischen Bauvorhaben wie auch in allen öffentlichen Einrichtungen und bei Leistungen der Stadt muss Barrierefreiheit mitgedacht und aktiv umgesetzt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher für eine barrierefreie Gestaltung des gesamten HAVAG-Netzes in der kommenden Wahlperiode ein.

Zur Barrierefreiheit gehört für uns auch das Bewusstsein für andere Sinnes- und geistige Behinderungen jenseits von Gehbehinderungen. Dem/r Behindertenbeauftragten muss eine Beratung zu Entscheidungen der Stadtverwaltung ermöglicht werden und ein mindestens aufschiebendes Veto gegen eine grobe Fehlplanung bei der Barrierefreiheit eingeräumt werden.

Die Kooperation mit Betroffenenverbänden sollte selbstverständlich sein und als ein wichtiger Bestandteil der Beteiligung von Bürger*innen an Entscheidungen und Planungsprozessen betrachtet werden. Geprüft werden sollte, ob ein Beirat für Menschen mit Behinderung eine angemessene Form der Beteiligung darstellt.

Wichtige städtische Mitteilungen und grundlegende Informationen auf der städtischen Homepage müssen auch in leichter Sprache zugänglich gemacht werden, wodurch Kinder, geistig Behinderte und Migrant*innen mit geringen Deutschkenntnissen in die aktive Stadtgesellschaft eingebunden werden können. Die Stadt sollte sich darüber hinaus als Vorbild in ihrer Rolle als Arbeitgeberin für Menschen mit Behinderung begreifen und Einstellungen verstärkt verfolgen.

Flexible Hilfsangebote und umfassende Informationen sind notwendig, damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt zwischen verschiedenen Assistenzangeboten wählen können. Insbesondere sollte eine qualitative Beratung, Begleitung und Bewilligungspraxis bei der Gewährung von persönlichem Budget und von Eingliederungshilfen erfolgen.

Integration fördern

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN heißen Geflüchtete, Ausländer*innen und alle Menschen mit Migrationshintergrund in Halle herzlich willkommen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen die spezifischen in allen Bereichen der Integration auftretenden Probleme und Chancen. Wir formulieren daraus einen Auftrag an die Bürger*innen und die Stadtverwaltung, positive Entwicklungen zu fördern und kritischen Tendenzen aktiv entgegen zu steuern. Wir unterstützen die vielfältigen ehrenamtlichen Initiativen zur Integration Geflüchteter.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist die dezentrale, stadtweite Unterbringung von Geflüchteten ein Ziel der Integrationspolitik, da dies bislang noch nicht der Fall ist. Hierzu ist es nötig, dass geeigneter Wohnraum in allen Stadtteilen für Deutsche und Geflüchtete angeboten wird.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich gegenüber dem Land dafür einsetzen, dass Sprachunterricht für Schüler*innen mit Migrationshintergrund in ausreichendem Maße angeboten wird. Das Land muss hier seinen Bildungsauftrag erfüllen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Stadtverwaltung in ihrem Vorhaben, auf Landesebene darauf hinzuwirken,

dass Schulen mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil nichtdeutschsprachiger Schüler*innen zu Modellschulen umgewandelt werden mit dem Ziel, diese Schulen mit mehr Lehrpersonal, mehr Schulsozialarbeit und weiteren Ressourcen auszustatten. Ziel muss hier der bestmögliche Schulabschluss für jede/n Schüler*in sein. Zudem ist es unser Anliegen, diese Schulen ergänzend mit kommunal finanzierter Schulsozialarbeit auszustatten. Hierbei fordern wir eine interkulturelle Zusammensetzung von Sozialarbeiter*innenteams.

Da Integration vor allem über Begegnung passiert, fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Umgestaltung von öffentlichen Räumen im Wohnumfeld in Begegnungs- und Selbstdarstellungsräume für unterschiedliche Gruppen und Kulturen. Begegnung muss einen Ort haben! Ort kann hier als erlebte Grünfläche, als Platz oder als Jugendzentrum verstanden werden. Das bringt gleichzeitig die Aufwertung und die Belebung öffentlicher Räume mit sich und generiert die Möglichkeit der Teilhabe am öffentlichen Leben.

Aktuell leben in Halle viele Geflüchtete, die sich beispielsweise durch das Nichterreichen von Schulabschlüssen, durch fehlende Arbeitsmöglichkeiten und durch Perspektivlosigkeit abgehängt fühlen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich dafür einsetzen, diesen Menschen Orientierung, Unterstützung und Teilhabe zu ermöglichen –Daher fordern wir zusätzliche Personalstellen im Bereich Streetwork innerhalb migrantischer Wohnumfelder.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Arbeit von Stadtbibliothek und Stadtmuseum auch im interkulturellen Kontext. Für die Volkshochschule regen wir eine Erweiterung ihres Repertoires hinsichtlich der politischen Bildung von Geflüchteten und Deutschen an.

Hinsichtlich der Arbeitsmarktorientierung fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Verstärkung der städtischen Förderung von Unterstützungsprojekten zur Verbesserung des Zugangs zum Arbeitsmarkt, von Vermittlungsprojekten für Geflüchtete in Arbeit und in der Gründerberatung.

Migrant*innenvertretungen wie beispielsweise der Ausländerbeirat stellen für uns einen wichtigen Beitrag migrantischer Selbstorganisation dar. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass der Ausländerbeirat bei klientelbezogenen Belangen zwingend gehört wird. Wir wollen den Ausländerbeirat verstärkt in unsere politische Arbeit einbeziehen und werden dafür auf ihn zugehen. Zugleich fordern wir eine angemessene Ausstattung des Ausländerbeirates, so dass seine Arbeitsfähigkeit gewährleistet wird

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Stadtverwaltung bei ihren Bemühungen, mehr Migrant*innen einzustellen. Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass städtische Informationsblätter und Wegweiser mehrsprachig vorliegen.

Zeichen gegen Rechts setzen

Halle ist bunt – nicht braun! Wir setzen uns rechter Hetze und rechtem Gedankengut entgegen! Als Partei sind wir Mitglied im Bündnis „Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage“ und somit Teil eines breiten gesellschaftlichen Zusammenschlusses. Gemeinsam mit anderen setzen wir auch in den kommenden Jahren entschiedene Signale gegen rechtsextreme Veranstaltungen und Instrumentalisierungsversuche von Ereignissen und Orten.

Wir brauchen eine starke Zivilgesellschaft, um unsere freiheitlichen demokratischen Werte zu verteidigen. Wir setzen uns weiterhin für die „HALLIANZ für Vielfalt“ zur Förderung von Demokratie und Weltoffenheit sowie die Fortführung des Projektes „Schule ohne Rassismus

– Schule mit Courage“ ein und begrüßen die Neuaufstellung des Präventionsrates und dessen Vertretung im entsprechenden Landesgremium.

Europäisches Bewusstsein fördern

Ein positives Bewusstsein der Bürger*innen für die Europäische Union ist von der Stadt Halle zu fördern.

Kommunen sind mit hauptverantwortlich für den Erfolg der Europäischen Union. Diese sind der Ort, an dem die Bürger*innen leben, nur hier kann effektiv für die Vorteile der EU geworben werden und so der EU-Skepsis entgegengewirkt werden. Diese Verantwortung muss die Kommune endlich annehmen.

Deshalb gilt es eine*n EU-Beauftragte*n in der Stadt zu benennen. Initiativen wie Europe Direct, GOEurope! und Europa-Union/Junge Europäische Föderalisten müssen gefördert und außerdem EU-Programme mit anderen Staaten in Anspruch genommen werden. Für soziale Initiativen und Projekte sind darüber hinaus Europäische Fördermittel auszuschöpfen.

Gleichstellung unterstützen

Die zu Gleichstellungsfragen arbeitenden Träger und Initiativen brauchen eine verlässliche finanzielle Förderung.

Wir brauchen eine regelmäßige geschlechtsspezifische Datenerfassung in der Stadtverwaltung, insbesondere von Nutzer*innen der Leistungen der Stadt. Im Zuge des Gender Budgeting muss es eine geschlechtergerechte Mittelverteilung in der Stadt geben. Dabei wird der Haushalt auf seine Wirkungen für die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern und Darlegung notwendiger Maßnahmen zur Beseitigung von Geschlechterungerechtigkeiten überprüft.

Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Stadt soll sich an einer Sprach-, Symbol- und Bildauswahl ohne Geschlechterstereotype orientieren. Wir brauchen mehr Gender- und Antihomophobie-Sensibilität in der Stadtverwaltung.

Auch in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ist eine Sensibilisierung zur Vermeidung von Geschlechterstereotypen notwendig. Zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zählt für uns auch eine bessere Vorbildwirkung der Stadtverwaltung und städtischen Unternehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern daher, mehr Teilzeitstellen auszuscheiden.

Ziel ist für uns eine paritätische Besetzung der städtischen Aufsichtsgremien mit Frauen und Männern. Auch die Teilhabe von Frauen an kommunalen Entscheidungsprozessen wollen wir fördern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Vereinbarkeit von ehrenamtlichem Engagement mit Beruf und Familie besonders unterstützen und ermöglichen.

Bürgerschaftliches Engagement gegen Diskriminierung soll unterstützt und eine Antidiskriminierungs- bzw. Beschwerdestelle zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz soll in der Stadtverwaltung eingerichtet werden.

Das Frauenschutzhaus und das Frauenflüchtlingshaus sind nach wie vor unersetzbar.

Geschlechtlich-sexuelle Vielfalt verteidigen und fördern

Die Sichtbarkeit und Unterstützung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in der Saalestadt ist für uns unverhandelbar. Über seinen Körper, seine Sexualität und sein Geschlecht kann nur eine*r bestimmen – und das ist jeder Mensch selbst.

Die Beratungsangebote und Begegnungsräume für Lesben, Schwule, Bisexuelle, transsexuelle, transgender und intersexuelle Menschen (LSBTIT) müssen in ihrer Arbeit auch weiterhin anerkannt werden. Ihre Unterstützung durch die Stadt ist fortzusetzen und künftig ihrem breiten und vielfältigen Angebot angemessen finanziell auszustatten. Sie müssen sich auf alle Stadtteile ausdehnen und für alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen zugänglich sein. Darüber hinaus sollen queere Kulturangebote in den Blick kommunaler Förderung genommen werden.

Die Signalwirkung der städtischen Unterstützung des Christopher Street Days (CSD), der CSD-Demonstration und des Internationalen Tags gegen Homophobie, Interphobie und Transphobie (IDAHiTs) begrüßen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausdrücklich. Wir fordern eine verstärkte Präsenz und Unterstützung von Wirtschaft und Zivilgesellschaft am ehrenamtlich organisierten CSD in Halle (Saale).

Kapitel 8 Kunst, Kultur und Sport: Als Markenzeichen für gutes Leben in Halle entwickeln

Eines der qualitativen Alleinstellungsmerkmale von Halle ist der Markenkern Kulturhauptstadt. Wir sind überzeugt davon, dass wir keinen Titel brauchen, um genau dies mit allen Hallenser*innen zu teilen und den Gästen der Stadt nahe zu bringen. Lebensqualität entsteht durch eine kulturelle Vielfalt von der Oper und der Staatskapelle bis zum Szeneklub in der Kneipenmeile, vom Freizeitsport bis zur Kunstausstellung. Wir denken in diesem Zusammenhang neben der Bundeskulturstiftung, der Kulturstiftung des Landes, der Leopoldina, der Theater, Oper und Orchester GmbH (TOO) und der reichen Museumslandschaft inkl. des Landesmuseums auch die Werkleitz-Gesellschaft, das Literaturhaus, die Freiraumgalerie und andere Galerien und kulturelle Akteure.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen ihre Kernaufgabe darin, die städtischen Gestaltungsmöglichkeiten zu nutzen, um die Attraktivität von kulturellen und sportlichen Angeboten für die Bevölkerung zu erhöhen. Wir wollen Kultur und Sport zielgenau da fördern, wo wir die Schwerpunkte sehen.

Sport für alle ermöglichen

Die Aufgabe Nr. 1 der Stadt in der Sportförderung ist die Förderung von Breitensport und sportlichen Freizeitangeboten. Dabei unterstützen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zusätzlich die Vereine, welche integrative, inklusive und geschlechtergerechte Angebote vorhalten.

Freizeitsportstätten müssen zur Verfügung stehen, entsprechend ausgestattet sein und gepflegt werden. Das meint die Streetballanlage in der Wohnanlage ebenso wie größere Flächen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen auch Räume für Nischensportarten finden und den Sandanger als Freizeitsportstätte erhalten.

Wichtig ist außerdem die Erhaltung öffentlicher Sportanlagen mit Investitionen in Nebengebäuden (z. B. funktionierende Sanitäreanlagen). Turnhallen sollen Zug um Zug energetisch saniert werden.

Der Umfang der durch städtische Tochterunternehmen als Sponsoring für den Profisport bereitgestellten Mittel soll transparent für die Öffentlichkeit dargestellt werden. Unverhältnismäßiges Sponsoring lehnen wir ab.

Kultur fördern und unterstützen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die auskömmliche finanzielle Förderung des Landes für die Theater, Oper und Orchester GmbH und stehen für die Zahlung eines angemessenen städtischen Zuschusses. Darüber hinaus wollen wir das Kinder- und Jugendtheater Thalia Theater als eigene Sparte stärken und wieder mit einer eigenen künstlerischen Intendanz ausstatten.

Es ist uns gelungen, die freie Kulturszene in Halle im Jahr 2018 mit 920 000 Euro zu unterstützen. Davon profitieren bisher vorwiegend die darstellenden Künste. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen jedoch auch andere Kunstgattungen deutlich besser absichern. Auch für das Literaturhaus – als Bereicherung der Kulturlandschaft – und für städtische Ausstellungen wollen wir eine auskömmliche Finanzierung. Wir unterstützen die Weiterentwicklung des Künstlerhauses 188.

Museen und Bibliotheken müssen ebenfalls von der Stadt weiterhin gefördert werden, denn Kultur kann nur selten wirtschaftlich sein und gehört zur öffentlichen Daseinsfürsorge in politischer Verantwortung.

Anknüpfend an ein Grundkonzept des Museumsnetzwerkes und anderer begleitender Akteure möchten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Halle eine Kulturdekade von 2020 bis 2030 fördern, die die Stadtgesellschaft in kulturelle Fragen einbindet und Identifikation mit kulturübergreifenden Themen schafft.

Auch kleinere punktuelle und spontane Kulturaktionen sind wertvoll für das kulturelle Leben in der Student*innenstadt Halle. So stehen wir dafür, auch Guerilla-Aktionen zu ermöglichen und temporär gewähren zu lassen.

Für die Vergabe der Kulturförderung im Kulturausschuss wollen wir einen Fachbeirat einsetzen, der aus Kenntnis der Qualität Empfehlungen entwickelt.

Tourismus als Quelle von Lebensfreude verstehen

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht der sanfte Tourismus in der Stadt im Mittelpunkt – naturnah und kulturpartizipativ. Dazu gehört auch die Naherholung für Hallenser*innen. Dafür soll insbesondere der Hufeisensee nicht weiter kommerzialisiert werden.

Die Stadt Halle benötigt dringend ein Tourismuskonzept, in dem sich Verwaltung und Stadtrat über die wichtigsten Ziele verständigen können. Das bereits vorhandene Wassertourismuskonzept muss umgesetzt, evaluiert und fortgeschrieben werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Rad- und Wassertourismus fördern. Die Saale mit ihren Auen, die Dölauer Heide und die Einbettung der Stadt in ihr Umland bieten beste Voraussetzungen für die Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus in der Stadt.

Die von den Hallenser*innen intensiv angenommene Möglichkeit, an einem Strandbereich in der Saale zu baden, hat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN motiviert, die historisch belegbare, nur durch Industrialisierung unterbrochene Badekultur in der Saale wieder aufleben zu lassen. Weitere Uferbereiche der Saale im Norden und Süden der Stadt sollen zugänglich gemacht werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen einfache Badestege und innovative Konzepte der Badekultur im Stadtgebiet entwickeln. Leben am und im Fluss ist ein Identifikationsangebot an die Bürger*innen und zudem allen Bevölkerungsschichten zugänglich.

Der Saaleradwanderweg ist als wichtigste touristische Route in Halle hinsichtlich seines Verlaufs auszubauen, auszuschildern und zu vermarkten. Attraktive Rad- und Wegeverbindungen mit dem Umland sind insgesamt zu konzeptionieren und mit dem Saalekreis abzustimmen.

Ein zu Beginn sehr liebenswertes Projekt für die Hallenser*innen möchten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wiederbeleben: Händels Open. Dafür soll ein neuer Projektträger gefunden werden, der das Konzept für eine niedrigschwellige Kulturveranstaltung übernimmt und von der TOO sowie der Händelfestspieldirektion unterstützt wird.

Die Freiraumgalerie muss als touristischer Magnet vermarktet werden. Ebenso müssen Events und Kulturleuchttürme insgesamt noch besser überregional beworben werden. Dazu wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Stadtmarketing neu aufstellen und in eine hundertprozentige Tochter der Stadt umwandeln.

Für jüngere Gäste der Stadt v. a. aus Mitteldeutschland schlagen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein ökologisches Festival für junge Leute vor: „Woman on Disc“ (Frauen-DJs). Analog zum „Women in Jazz“-Festival stehen auch hier die Frauen im Mittelpunkt. Festivalflächen dafür sowie für weitere Ideen sollten auf Brachlandbereichen oder in alten Lokschuppen und verlassenen Fabrikgebäuden zu finden sein. Das bereichert auch das kulturelle Angebot für die jungen Menschen unserer Stadt. Wir unterstützen die Idee zur Einführung eines "Nachtbürgermeister*innenamtes" zur Stärkung der Clubszene und des vielfältigen Nachtlebens in der Stadt.

Zur Finanzierung der reichhaltigen Kultur möchten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen erneuten Versuch starten, eine Kulturförderabgabe für Hotelbesucher*innen für die Nutzung der von der Stadt geförderten Angebote einzuführen.

Städtepartnerschaften sind eine Aufgabe für die gesamte Stadtgesellschaft und dürfen nicht nur dem Zufall und Vereinen überlassen werden. Neben den förderwürdigen Privatinitiativen sehen wir die Stadt hier deutlicher in der Verantwortung.

Kunst ist mehr als die Burg – Kunst in Halle fördern

Wir sind stolz auf den guten Ruf der Kunsthochschule Burg Giebichenstein und freuen uns, wenn sich viele Studierende künstlerisch ins Stadtleben einbringen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen einen neuen Anlauf starten, Kunst am Bau, im öffentlichen Raum und am Fluss zu etablieren. Dazu reicht das, was wir bisher durchsetzen konnten, nicht aus. Wir halten an der Prozentregelung fest: Bei allen Investitionen wird ein Prozent in die Kunst investiert. Außerdem möchten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein städtisches Atelierhaus kostenfrei für Ausstellungen anbieten. Zur Förderung von Bildenden Künstlern gehört für uns eine Ausstellungsvergütung mit marktüblichen Auf- und Abbauhonoraren bei Ausstellungen in öffentlichen Gebäuden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wünschen sich mehr temporär installierte Kunstwerke im öffentlichen Raum und rund um die Saale. Eine Idee, die wir in Angriff nehmen wollen, sind Sitzmöbelpatenschaften. Nach dem Wettbewerb für einen Entwurf eines originellen Halle-Stuhls sollen Bürger*innen und Institutionen die Möglichkeit bekommen, diese Stühle im öffentlichen Raum aufstellen zu lassen. So könnten an vielen öffentlichen Plätzen Ruhe- und Verweilräume entstehen und ganz Halle hätte ein neues Wiedererkennungszeichen.

Soziokultur – Projekte und Raum in der Stadt schaffen

Neben allen professionell organisierten Kulturereignissen braucht eine Stadt auch kulturelle Angebote, die Spaß machen, sozialraumorientiert agieren, in Inhalt und zeitlichem Umfang unkompliziert und bürger*innennah sind und Projektorte in der ganzen Stadt haben. In allen Stadtteilen streben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die kleinteilige, unkomplizierte Förderung soziokultureller Projekte an. Dazu werden wir das Budget zweckgebunden erhöhen. Das betrifft insbesondere auch Theater- und Zirkusprojekte für Kinder und Jugendliche. Kulturelle Bildung muss für alle Bevölkerungsgruppen zugänglich sein – zielgruppenangemessen und vielfältig.

Soziokulturelle Angebote und Freiräume brauchen unsere Unterstützung und Akzeptanz. Ebenfalls zeichnet sich die hallesche Clubkultur durch ihre inhaltlich vielfältigen Angebote, bei denen Geld und Erfolg nicht im Mittelpunkt stehen, aus. All diese Angebote gilt es zu erhalten, weiterzuentwickeln und zu mehren.

Auch in Halle (Saale) sind Frauen an den Plattentellern leider deutlich unterrepräsentiert. Die feministische Initiative „djiversity!“ von halleschen DJ*anes zur Steigerung der Diversität in der elektronischen Musik- und Clubszene begrüßen wir daher ausdrücklich als sehr vorbildlich.

Religionsgemeinschaften stellen einen wichtigen Teil des kulturellen und sozialen Lebens dar. Ihr Engagement erstreckt sich dabei auf Bereiche wie Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fördern den interreligiösen Dialog und den interkulturellen Austausch in Halle. In den interkulturellen Dialog möchten wir insbesondere auch Frauen und Familien einbinden.

Kapitel 9 Haushalt und Wirtschaft überdenken

In Bildung, sozialen Zusammenhalt und eine ökologische Wende investieren

Die Stadt Halle leidet immer noch unter stark eingeschränkten Gestaltungsspielräumen aufgrund von Altschulden, Fehlentscheidungen in der Vergangenheit und mangelnder Aufgabenkritik. Dies zeigt sich an vielen Stellen, wie etwa bei der maroden Infrastruktur und bei der unzureichenden personellen Ausstattung vieler Verwaltungsbereiche oder Kultureinrichtungen. Die Unterstützung sozialer Einrichtungen wird selten verbessert und allzu schnell in Frage gestellt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass der Stadtrat in Zusammenarbeit mit der Verwaltung zukünftig für mehr Gestaltungsspielräume im Haushalt sorgt. Voraussetzung hierfür ist, dass das Land die Stadt Halle entsprechend ihrer Aufgaben und überregionalen Bedeutung finanziell ausstattet, wie es die Landesverfassung vorsieht. Wir begrüßen, dass die Landesregierung mit Beteiligung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Zuweisungen für die Kommunen erstmals seit Langem wieder erhöht hat. Dennoch wird es angesichts zukünftig strengerer Anforderungen an die Kommunalhaushalte für Halle zunehmend schwieriger, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, wodurch die unzureichende finanzielle Ausstattung deutlich wird.

Außerdem müssen Stadtverwaltung und Stadtrat eine konsequente Aufgabenkritik auf der Grundlage von Vergleichszahlen und Qualitätszielen betreiben. Die Verwaltung soll städtische Aufgaben im Regelfall aus eigener Kraft erfüllen und nicht Leistungen Dritter einkaufen. Daher fordern wir auch die erneute Etablierung eines städtischen Bauhofes. Neue Schulden sollten nur aufgenommen werden, wenn es sich um nachhaltige Investitionen in die Infrastruktur handelt.

Investitionen wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN so umsteuern, dass Verbesserungen für den Klimaschutz, die Luftreinhaltung und Lärminderung erreicht werden. Vor allem in der Verkehrsplanung müssen Mittel in verbesserte Bedingungen für den Fuß- und Radverkehr und den ÖPNV investiert werden.

Haushaltsmittel unterliegen als Steuermittel der Steuerung und Kontrolle des demokratisch gewählten Stadtrats. Der Stadtrat hat daher die Budgethoheit und entscheidet über Ausgaben. Er wird jedoch allzu oft in seiner Budgethoheit durch Alleingänge der Verwaltung und anberaumte Eilentscheidungen ohne Alternativen beschnitten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine Investitionsprioritätenliste, die vorrangige Ziele im Haushalt festlegt.

Auch die Auftrags- und Fördermittelvergabe an Dritte muss fair und gegenüber dem Stadtrat und den Bürger*innen hinreichend transparent erfolgen. Sponsoringeinnahmen und -ausgaben der städtischen Gesellschaften sollten offengelegt und eine demokratische Entscheidung über die Mittelverwendung ermöglicht werden.

Städtische Unternehmen stärken

Die städtischen Unternehmen nehmen für die Stadt wichtige Aufgaben wahr. Insofern ist Halle in der glücklichen Lage, über handlungsfähige städtische Unternehmen zu verfügen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich gegen einen Verkauf von Anteilen städtischer Ge-

sellschaften ein, die wesentliche Aufgaben für die Stadtgesellschaft (zum Beispiel bei der Energieversorgung und der Stadtentwicklung) erfüllen.

Die Steuerung der städtischen Unternehmen obliegt der Stadt als Gesellschafterin. Allzu oft werden die Gesellschafterziele allerdings allein in den Aufsichtsräten oder durch die Verwaltungsspitze und nicht auf der Grundlage von politischen Entscheidungsprozessen im Stadtrat vorgegeben. Vorgaben der Haushaltskonsolidierung machen andere als wirtschaftliche Zielsetzungen oft chancenlos. Besonders die Beiträge der Wohnungswirtschaft zur Haushaltskonsolidierung sehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisch. Nach unserer Vorstellung müssen die städtischen Unternehmen in die Lage versetzt werden, Motor einer sozialökologischen Wende in der Stadt zu sein.

Wirtschaftsförderung – Mit Halles Stärken punkten

Die Wirtschaftsförderung in Halle hat in der Vergangenheit vor allem auf die Ansiedlung großer Investoren gesetzt und hierfür erhebliche Summen an Steuermitteln eingesetzt. Eine Bilanz der Erfolge ist bis jetzt nicht erfolgt. Auch wenn Ansiedlungen gelungen sind, bezweifeln wir, dass sich diese Strategie nachhaltig auswirkt und auszahlt. Die Kosten unnötiger Repräsentation für die Anwerbung von Großinvestoren sollen gesenkt werden. Ein Immobilienmanagement für Flächen der Stadt, des Landes und privater Eigentümer soll Investoren die Ansiedlung erleichtern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein Umdenken bei der Wirtschaftsförderung hin zur Berücksichtigung der Belange ansässiger Unternehmen und eine Ansiedlungspolitik, die innerstädtische Flächen nutzt und Entwicklungspotenziale wahrnimmt. Ausweisungen neuer großflächiger Gewerbegebiete stehen wir, auch aufgrund des Flächenverbrauchs und der zunehmenden Versiegelung, kritisch gegenüber. Der Neuausweisung von Gewerbeflächen „auf der grünen Wiese“ ist die Entwicklung von innerstädtischen Brachen vorzuziehen. Neue Gewerbegebiete sollen auf ihre Auswirkungen auf Verkehr und Flächenverbrauch eingeschätzt werden.

Der städtische Einzelhandel und ansässige Unternehmen leiden unter einer vernachlässigten und konzeptionslosen Innenstadtentwicklung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich daher für eine Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts ein. Neue großflächige Verkaufsflächen für innenstadtrelevante Sortimente außerhalb der Innenstadt lehnen wir ab.

Außerdem stellt der verschleppte Breitbandausbau ein ganz erhebliches Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt dar. Bereits seit vielen Jahren setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier für ein abgestimmtes Vorgehen der Stadtverwaltung mit den Unternehmen ein, um ein schnelles Internet für alle Bürger*innen zu ermöglichen.

Halle muss mit seinen Stärken als lebenswerte Stadt weiterhin punkten können. Hierzu gehören wichtige Standortfaktoren wie gute KITAS, Bildung, Hochschulen und Kultur. Diese machen die Stadt auch für Unternehmen attraktiv und müssen daher gestärkt und nach vorne gestellt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen den Saalekanal weiterhin ab, da von diesem keine Vorteile für die Stadt zu erwarten sind und dieser einen weiteren Ausbau von Saale und Elbe nach sich zieht.

Kapitel 10 Politik und Verwaltung bürger*innennah gestalten

Politik und Verwaltung sind kein Selbstzweck, sondern sollen ihrem demokratischen Auftrag zur Steuerung städtischer Belange und Aufgaben kompetent und bürger*innennah nachkommen. Die aktuelle Stadtspitze nutzt die vorhandenen Kompetenzen nicht und schwächt daher die Stadtverwaltung.

Starke Verwaltung – Kompetent, digital, transparent und bürger*innenorientiert arbeiten

Die Stadtverwaltung nimmt für das Leben der Bürger*innen mit ihren vielfältigen Aufgaben eine wichtige Rolle ein. Daher muss sie in ihrer Aufgabenwahrnehmung und Kompetenz gestärkt werden. Gleichzeitig muss die Aufgabenwahrnehmung aber auch intern kontrolliert werden und für Bürger*innen ausreichend Transparenz bieten. Antikorruptionsbemühungen sind eine ständige Aufgabe für die Verwaltung und den Stadtrat, die BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Stadtrat einfordern. Wir fordern außerdem eine unabhängige Stelle für Dienstaufsichtsbeschwerden.

Die Abläufe innerhalb der Verwaltung und die Kommunikation mit Bürger*innen können durch Digitalisierung wesentlich verbessert werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb eine digitale Strategie in der Stadtverwaltung. Grundlage hierfür muss die Stärkung der verwaltungseigenen Kompetenzen sein, damit der Strukturwandel nachhaltig erfolgen kann. Gleichzeitig muss stets mitbedacht werden, dass Bürger*innen keinen Zugang zum Internet haben könnten. Sie dürfen von Leistungen nicht ausgeschlossen werden. Barrierefreiheit ist hierfür ein wichtiger Grundsatz, der für die Verwaltung verpflichtend ist und für den bereits gute Konzepte zur Verfügung stehen, die konsequent umgesetzt und mitgedacht werden müssen.

Verwaltungsprozesse und Bürger*innenkommunikation in einem digitalen Rathaus sollen verbessert werden. Hierzu zählen insbesondere das Bürgerinformationssystem und das Terminvergabesystem. Die Sitzungen des Stadtrats sollen – wie bereits beschlossen, aber noch nicht umgesetzt – per Livestream übertragen werden. Such- und filterbare Vorhabenlisten erleichtern die Information für Bürger*innen.

Bürger*innenbeteiligung sichern

Politische Entscheidungsprozesse in der Stadt betreffen Bürger*innen oft sehr unmittelbar in ihrem Lebensumfeld. Mangelnde Beteiligung kann daher Politikverdrossenheit und Ausgrenzung fördern. Projekte wie ein Bürger*innenhaushalt stecken in Halle noch in den Kinderschuhen oder können als gescheitert betrachtet werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen Bürger*innenbeteiligung als wesentliches Instrument von Politik an. Deshalb fordern wir die Einrichtung eines Bürger*innenbeteiligungstools und einen Neustart beim Bürger*innenhaushalt. Die Stadt Halle soll Leitlinien zur Bürger*innenbeteiligung erarbeiten und umsetzen. Dabei müssen Zugangsmöglichkeiten für alle Bevölkerungsgruppen, auch für junge Menschen und Familien, gesichert werden.

Eine Bürger*innenbeteiligung ist insbesondere in den Themen Bauleitplanung, Stadtentwicklung, Verkehr sowie Kita- und Schulentwicklungsplanung vorzusehen. Besonders bei Schulbauten ist die Beteiligung der Einrichtungen sicherzustellen („Schulbaukonferenz“). Bürger*inneninitiativen weisen auf örtliche Probleme hin und sind daher als wichtige Kommunikationspartner*innen anzuhören und in Entscheidungen einzubinden.